



Bad Schwalbach, den 25.06.2021

Niederschrift

Gremium	Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss
Sitzungsnummer	2/XI. Wahlperiode
Datum	Donnerstag, 24. Juni 2021
Sitzungsbeginn	17:30 Uhr
Sitzungsende	19:25 Uhr
Ort	Bürgerhaus Taunus - Alter Saal, Aarstraße 138, 65232 Taunusstein

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Joachim Reimann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Daniel Bauer	
Herr Felix Bleuel	
Herr Matthias Bremser	
Herr Maximilian Faust	bis 18:55 Uhr
Frau Senia Gomez Garces	
Herr Graf Marsilius von Ingelheim	
Herr Christian Herfurth	
Herr Jan Kraus	
Herr Günter Linke	bis 18:55 Uhr
Herr Georg A. Mahr	
Herr Volker Mosler	
Herr Stefan Müller	

Frau Annette Reineke-Westphal	
-------------------------------	--

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
-----------------------	--

entschuldigt

Herr Klaus Gagel MdL	
----------------------	--

Stellv. Mitglied

Herr Karl Mayer	
-----------------	--

Schrifführer

Herr Harald Rubel	
-------------------	--

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Ausschussvorsitzender Reimann eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter des Kreisausschusses und die anwesenden Gäste.

Ausschussvorsitzender Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

1. Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Reimann werden die TOP 6 – 9 an den Kreistag zur weiteren Beratung verwiesen.
2. Die TOP 15, 16, 19, 20 und 25 werden nach Bericht des Ausschussvorsitzenden des UMTK, Herrn Mosler, nicht mehr im HFWD beraten. Die Ausschussempfehlungen des UMTK werden durch den HFWD bei 1 Enthaltung einstimmig ohne Aussprache beschlossen.

Über die so geänderte Tagesordnung besteht Einvernehmen.

TOP 1.	DS	Genehmigung der Niederschrift des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss vom 02.06.2021
---------------	-----------	---

Abstimmungsergebnis: **einstimmig genehmigt**

TOP 2. DS XI/33 Einsparung von Stellenneuschaffungen im Haushalt 2021

Die Vorlage wird durch Landrat Kilian erläutert, der den zur Vorlage gefassten Beschluss des Kreisausschusses vom 31.5.2021 erwähnt (**Anlage 1 der Niederschrift**). An der weiteren Aussprache beteiligen sich der Abg. Linke mit einem Änderungsantrag seiner Fraktion (**Anlage 2 der Niederschrift**) und die Abg. Müller, Kraus, Reineke-Westphal, Mayer, Bauer, Mosler, Landrat Kilian und Ausschussvorsitzender Reimann, der abschließend über die einzelnen Anträge abstimmen lässt.

Die Änderungen der Vorlage durch den Kreisausschuss (Anlage 1) werden bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der Antrag der GRÜNEN-Fraktion (Anlage 2) wird bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Die ursprüngliche Vorlage wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FWG, AFD und FDP und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von SPD und GRÜNEN
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss: von der Mitteilungsvorlage DS XI/33 wird Kenntnis genommen.

TOP 3. DS XI/64 Halbjahresberichte von Beteiligungen zum 31.12.2020 gemäß Ziffer 5.3 der Beteiligungsrichtlinie des RTK

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Die für die Beteiligungen vorgelegten Halbjahresberichte zum 31. Dezember 2020 werden zur Kenntnis genommen.

TOP 4. DS XI/66 Trägerbericht für 2020 Nassauische Sparkasse ("NASPA")

Eine Frage des Abg. Müller wird durch Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der anliegende Trägerbericht der Nassauischen Sparkasse für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5. DS XI/83 Mobile Working und Homeoffice; hier: Berichts Antrag Nr. 09/21 der FDP-Fraktion vom 26. Mai 2021

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vor (**Anlage 3 der Niederschrift**), der gemeinsam abgestimmt wird.

Der Berichts Antrag wird mit der Ergänzung einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten zu berichten:

1. Laut Bericht des Landrates vom Dezember 2020 wurde zur Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zum Thema Mobile Working und Home Office aus verschiedenen Bereichen der Kreisverwaltung eine Pilotgruppe gebildet. Wie ist der Sachstand bezüglich der Konzepterstellung?
2. Des Weiteren wurde im Bereich Jugendhilfe im Strafverfahren (Fachdienst 11.5) ein Pilotprojekt durchgeführt, das evaluiert werden soll? Was ist das Ergebnis der Evaluierung?

3. Es wurde eine Dienstvereinbarung „Homeoffice“ abgeschlossen und eine Kommission gebildet, die sich mit Fragen der Anpassungen und Ausdehnung der Möglichkeiten befassen soll? Wie ist hier aktuelle Sachstand? Wie erfolgt die Zeiterfassung im Mobile Working? In welchen Bereichen wird Mobile Working ermöglicht? Welche sind davon ausgeschlossen? Werden die Mitarbeiter/innen und wenn ja, in welcher Form hinsichtlich der Ausstattung (Telefon, PC/Laptop usw. bei Mobile Working unterstützt? Unter welchen Rahmenbedingungen und welcher Genehmigungspraxis können Mitarbeiter/innen Mobile Working durchführen?
- Wie viele Mitarbeiter nutzen aktuell in welchem Umfang welche Angebote?
 - In welchen Bereichen und in welcher Form sind Anpassungen bzw. Erweiterungen geplant?

TOP 6. DS XI/27 Steuerkreis Fairtrade; Benennung von Mitgliedern durch die Kreistagsfraktionen

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 7. DS XI/29 Besetzung der Gleichstellungskonferenz

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 8. DS XI/53 Entsendung eines Vertreters in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 9. DS XI/68 Wahl von 2 Mitgliedern des Personalrats in die Betriebskommission des EAW

Abstimmungsergebnis: **keine Ausschuss Empfehlung**

TOP 10. DS XI/28 Zukunft DRK-Kreisaltenzentrum Bad Schwalbach

Landrat Kilian berichtet aus den Beratungen des Ausschusses für Jugend, Soziales und Gesundheit (JSG) und den dort vorgelegten Änderungsantrag der CDU-Fraktion (**Anlage 4 der Niederschrift**).

Der HFWD beschließt die Vorlage einstimmig in der Fassung des CDU-Änderungsantrages.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Das Gutachten der Sachverständigen der CPB Consulting, Projektmanagement, Baumanagement für das DRK-Kreisaltenzentrum Bad Schwalbach wird zur Kenntnis genommen.
2. Eine zukünftige Nutzung des bestehenden Gebäudes als moderne Alten- und Pflegeeinrichtung ist an diesem Standort nicht mehr wirtschaftlich und nachhaltig zu führen, so dass der Bedarf an stationären Pflegeplätzen durch einen Ersatzneubau mit 80 Betten sichergestellt werden soll.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt eine Projektgruppe mit den betroffenen Kommunen des westlichen Untertaunus einzurichten, um im diesbezüglichen Einzugsgebiet ein qualitativ adäquates Angebot sicherzustellen. Hierbei sind auch Investoren und Träger mit einzubeziehen. Die Aufgabe des Kreises bezieht sich in der Genese des vorliegenden Sachverhaltes vor allem darauf, Verantwortung im Rahmen seiner originären Zuständigkeit zu übernehmen und begleitend mit den Kommunen (als zuständige Einheit) ein modernes Angebot der Alten- und Pflegeeinrichtung im westlichen Untertaunus zu schaffen.
4. Die vertraglich unabdingbar notwendigen und sicherheitsrelevanten Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes als Alten- und Pflegeeinrichtung erforderlich sind, werden bis zur Erstellung des Ersatzneubaus durchgeführt.

TOP 11. DS XI/35 Jahresabschluss 2020

Fragen des Ausschussvorsitzenden Reimann werden durch Landrat Kilian beantwortet.

Der HFWD empfiehlt dem Kreistag sodann einstimmig die Kenntnisnahme der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den vom Kreisausschuss am 26. April 2021 aufgestellten Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 zur Kenntnis (Anlage 1). Das Rechnungsergebnis 2020 schließt mit einem Überschuss von 12.682.012,81€ ab.
2. Der dem RP Darmstadt vorgelegte Liquiditätsbericht zum 31. Dezember 2020 wird zur Kenntnis genommen (Anlage 2).

**TOP 12. DS XI/49 Alteburgschule in Idstein-Heftrich;
1.) Mitnutzung des Alten Rathauses in Idstein-Heftrich für die Ganztagsbetreuung
2.) Erwerb eines Teilgrundstückes von der Stadt Idstein für den Neubau eines Betreuungsgebäudes**

Abg. Herfurth verlässt den Saal aufgrund von § 25 HGO.

An der Aussprache beteiligen sich Landrat Kilian und die Abg. Reineke-Westphal.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit der Stadt Idstein eine grundsätzliche Einigung über die Mitnutzung des Alten Rathauses in Idstein-Heftrich für die Ganztagsbetreuung der Alteburgschule erzielt wurde. Zwischen Stadt und Kreis soll eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen werden, in der die genutzten Räume, ein barrierefreier Zugang zum Sitzungszimmer, Bauunterhaltung, Winterdienst, Reinigung, Nebenkostenaufteilung etc. geregelt werden.
2. Dem Erwerb einer noch zu vermessenden Teilfläche von ca. 355 m² aus dem städtischen Grundstück des Alten Rathauses in Idstein-Heftrich für den Kaufpreis in Höhe von 53.250,00 € wird zugestimmt. Auf dieser Fläche wird ein Betreuungsgebäude für die Alteburgschule errichtet.

Ausschussvorsitzender Reimann informiert den Abg. Herfurth nach seiner Rückkehr in den Sitzungssaal über das Abstimmungsergebnis.

TOP 13. DS XI/57 Häftige Übernahme der Kosten für Antigen-Schnelltests für die Träger von Kindertagesstätten oder Kindertagespflegepersonen

Landrat Kilian erläutert die Vorlage und beantwortet Fragen der Abg. Graf von Ingelheim und Müller.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dass die Kostenübernahmezusage aus seinem Beschluss vom 11.Mai 2021 (TOP NEU: DS XI/36) bis zum Beginn der Sommerferien, dem 17. Juli 2021, verlängert wird.

TOP 14. DS XI/59 Neubauvorhaben im Gewerbegebiet „Ober der Hardt“, Bad Schwalbach; Grundsatzbeschluss

Landrat Kilian erläutert die Vorlage und berichtet aus dem UMTK. An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Abg. Linke, Reineke-Westphal, Bauer und Kraus. Der HFWD schließt sich sodann einstimmig dem Votum des UMTK an.

Abstimmungsergebnis: **Der Grundsatzbeschluss wird einstimmig vertagt.**

Beschluss:

Es ergehen folgende Prüfaufträge an die Verwaltung:

1. Es ist zu prüfen, ob das Gefahrenabwehrzentrum in der Taunuskaserne in Kemel realisiert werden kann.
2. Der Kostenansatz für die Variante 3 erscheint zu hoch und ist zu prüfen.
3. Es ist zu prüfen, ob die Module 1 und 3 auf dem vom EAW erworbenen Grundstück Ober der Hardt realisierbar sind.
4. Es ist zu prüfen, ob der Wertstoffhof auf der vom Kreis reservierten Fläche Ober der Hardt gemeinsam mit den Modulen 1 und 3 realisiert werden kann.

TOP 15. DS X/1479 Mobilitätskonzept für den Rheingau-Taunus-Kreis

In der Fassung UMTK.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

1. In das Maßnahmenkonzept MIV-1.2 des Mobilitätskonzeptes für den Rheingau-Taunus-Kreis ist die Sanierung der Geisenheimer Straßen (B42) in Rüdesheim von Ortseingang bis Adlerturm aufzunehmen.
2. In das Maßnahmenkonzept MIV-7 „Kapazitätsprüfung und Einrichtung neuer Park+Ride-Anlagen/Mitfahrerparkplätze im Kreisgebiet“ sind Park+Ride-Parkplätze im Hinblick auf eine mögliche Realisierung der Aartalbahn mit aufzunehmen.
3. Auf Seite 134 wird der Auf- bzw. Ausbau eines flächendeckenden Elektroladesäulen-Systems im öffentlichen Straßenraum als Maßnahme aufgeführt. Als zusätzliche Maßnahme ist ebenso der Ausbau von Wasserstoff-Tankstellen in das Maßnahmenkonzept mitaufzunehmen.
4. Das Maßnahmenkonzept wird durch die Aufnahme von Bürgerbussen in das RMV-Netz ergänzt.
5. Bei der Maßnahme SV-2 Einrichtung von Durchfahrtsverboten für den Schwerlastverkehr in ausgewählten Ortschaften wird die Einzelmaßnahme L3272, OD Presberg herausgenommen.
6. Der Kreisausschuss wird beauftragt zu prüfen, wie sich die Einrichtung von Durchfahrtsverboten für den Schwerlastverkehr und damit auch bspw. für die Landwirtschaft generell auswirken würde.
7. Das als Anlage 2 beigefügte Mobilitätskonzept für den Rheingau-Taunus-Kreis wird mit den o.g. Änderungen und den Änderungen, die sich aus dem Beschluss des Kreistages zu TOP 4 Rheinbrücke ergeben haben, zustimmend zur Kenntnis genommen.
8. Der Maßnahmenteil des Mobilitätskonzeptes ist jährlich zu prüfen und bei Bedarf fortzuschreiben. In die Fortschreibung sind die Akteure, die in die Erarbeitung des Konzeptes eingebunden waren, einzubeziehen.

TOP 16. DS XI/62 Aktualisierung Mobilitätskonzept

In der Fassung UMTK in TOP 15 beraten.

TOP 17. DS X/1460 Resolution gegen Straftat politisch motivierter Extremisten am 13.10.2020 im Kreisgebiet (A3); hier: Dringlichkeitsantrag Nr. 38/20 der AfD-Fraktion vom 19.10.2020, eingegangen am 20.10.2020.

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion (**Anlage 5 der Niederschrift**) vor. Abg. Mayer schlägt vor, zunächst über den AfD-Antrag und sodann über den CDU-Antrag abzustimmen.

Ausschussvorsitzender Reimann stellt den AfD-Antrag zur Abstimmung. Dieser wird bei

1 JA-Stimme und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der CDU-Antrag wird sodann bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, FWG, AfD und FDP und
NEIN-Stimmen von SPD und GRÜNEN
mehrheitlich

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

Beschluss:

1. Der Kreistag sieht in den schwerwiegenden Eingriffen in den Straßenverkehr vom 13.10.2020 im Bereich der A3 zwischen Niedernhausen und Idstein-Wörsdorf und am 26.10.2020 auf der A3 (zwischen Wiesbadener Kreuz und Niedernhausen), auf der A5 und der A661 gezielte Angriffe auf die Infrastruktur in unserem Land und vor allem in unserem Kreisgebiet. Der Kreistag verurteilt diese politisch motivierte Art, um eine radikale Gesinnung kundzutun. Diese Form, gefährlich in den Straßenverkehr einzugreifen und damit Menschenleben bewusst zu gefährden, steht außerhalb des demokratischen Konsenses und des demokratischen Verhaltens. Der Kreistag wehrt sich gegenüber solch politisch ideologisch getriebenen Taten.
2. Der Kreistag bekräftigt gerade im Hinblick auf den Einsatz am 13.10.2020 im Bereich der A3 zwischen Niedernhausen und Idstein-Wörsdorf den Kreistagsbeschluss vom 20. Oktober 2020.

**TOP 18. DS XI/26 Solidarität mit Rettungskräften leben!
Kein Fußbreit für Gewalttäter im Kreisgebiet getrieben von
politisch radikaler Gesinnung!; hier: Antrag Nr. 10/21 der AfD-
Fraktion vom 14. April 2021**

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 6 der Niederschrift) vor.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Müller und Linke, der moniert, dass ein gleichlautender Beschluss bereits im Kreistag am 20.10.2020 getroffen worden sei.

Ausschussvorsitzender Reimann lässt sodann zunächst den AfD-Antrag abstimmen. Dieser wird bei

1 JA-Stimme und
NEIN-Stimmen vom Rest des Ausschusses
mehrheitlich

abgelehnt.

Der CDU-Antrag wird anschließend bei

JA-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD, FWG, AfD und FDP und
Enthaltungen aus der GRÜNEN-Fraktion
einstimmig

beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei einigen Enthaltungen**

Beschluss:

Die Arbeit von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist ein wichtiger Bestandteil unseres freiheitlichen sowie demokratischen Rechtsstaates und daher lebenswichtig und existentiell für unsere Gesellschaft. Angesichts dieses bedeutenden Engagements für unsere Gesellschaft, welches durch einen selbstlosen Einsatz eingebracht wird, ist es unverständlich, dass es bundesweit sowie in Hessen immer wieder zu Gewaltexzessen kommt, die mit Angriffen auf unsere Einsatzkräfte verbunden sind. Beispielhaft sind hier die Attacke in Dietzenbach und die Ausschreitungen in Stuttgart zu nennen. Angriffe auf Polizei -, Feuerwehr – und Rettungskräfte sind Angriffe auf unsere Sicherheit, unsere Gesellschaft, unseren Rechtsstaat und damit vor allem auf unsere Werte. Diese Angriffe können wir weder akzeptieren noch tolerieren. Diese hemmungslose Gewalt, die unseren Einsatzkräfte zuteilwird, verurteilt der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises auf das Schärfste.

Unsere Einsatzkräfte, auch hier im Rheingau-Taunus-Kreis, verdienen bedingungslosen Rückhalt, Anerkennung und Respekt für ihr herausragendes zum Teil ehrenamtliches Engagement. Diese Wertschätzung zeigt unseren Einsatzkräften, dass wir sie, die im Interesse unseres freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates für Sicherheit und Hilfeleistungen eintreten und damit auch die Grundwerte unserer Demokratie schützen, umfassend unterstützen. Trotz und gerade aufgrund der aktuellen Debatten um einzelne

Vorfälle innerhalb der Polizei stellt sich der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises hinter die Einsatzkräfte, die häufig unter schwierigen Bedingungen ihren Einsatz ausüben. Daher steht der Kreistag für mehr Solidarität, Verbundenheit und Rückendeckung für Polizeibeamte, Feuerwehrleute und Rettungskräfte ein, die auch durch jede Bürgerin und jeden Bürger unterstützenswert ist.

Nicht zuletzt stellt sich der Kreistag hinter die vielen ehrenamtlichen Einsatzkräfte in unserem Kreis, die Tag für Tag sich unentgeltlich gepaart mit viel Leidenschaft für uns Bürger einsetzen, egal ob bei Verkehrsunfall, Brand oder Unwetterschäden. Das nötigt uns den größten Respekt ab und verdient die höchste Anerkennung.

TOP 19. DS X/1523 Genehmigung überplanmäßiger Mittel zum Verlustausgleich 2019 bei der RTV mbH und Genehmigung außerplanmäßiger Mittel zur Bildung einer Drohverlustrückstellung zum Verlustausgleich 2020 bei der RTV mbH

In der Fassung UMTK.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

1. Zum Ausgleich des Defizits 2019 der RTV mbH durch Mittel aus dem Kreishaushalt 2020 werden gem. § 100 HGO überplanmäßige Mittel in Höhe von 1.832.727,28 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch vorhandene Mehreinnahmen in der Produktgruppe Jobcenterangelegenheiten bei der Kostenart 5478008 „Erstattung Bund Kosten der Unterkunft Verstärkung“.
2. Zum Ausgleich des erwarteten Defizits 2020 der RTV mbH werden aus dem Kreishaushalt 2020 außerplanmäßig Mittel gemäß § 100 HGO in Höhe von 2,709 Mio. € zur Bildung einer Drohverlustrückstellung gemäß § 39 GemHVO bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch vorhandene Mehreinnahmen in der Produktgruppe Jobcenterangelegenheiten bei der Kostenart 5478008 „Erstattung Bund Kosten der Unterkunft Verstärkung“.

TOP 20. DS X/1528 Mobilität mit der Ausschreibung lokaler Busverkehrsleistungen ab Dezember 2022 in den Bereichen Niedernhausen, Idstein, Aar/Hühnerkirche und Rheingau

In der Fassung UMTK wird die Vertagung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen zu vertagen**

TOP 21. DS X/1542 Bereitstellung überplanmäßiger Mittel gem. § 100 HGO

Landrat Kilian berichtet über die aktuellen Zahlen, die einvernehmlich in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Für die, aufgrund der Corona-Pandemie entstandenen, Mehraufwendungen bei nachfolgenden Produkten im Deckungskreis der Kostenartengruppen 60, 61 und 67-69 werden überplanmäßige Mittel gem. § 100 HGO bereitgestellt:

1.) Produkt ORG (Organisation und Zentrale Dienste)	234.703,76 €
2.) Produkt BKS (Brandschutz / Katastrophenschutz)	64.671,09 €
3.) Produkt GHA (Gesundheitsangelegenheiten)	30.000 €

Die Deckung der vorgenannten überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 330.000 € erfolgt durch Wenigeraufwendungen bei der LWV Umlage (Produkt Finanzwirtschaft / KAG 73).

TOP 22. DS X/1555 Kommunikation über Whatsapp; hier: Antrag Nr. 06/21 der FWG-Fraktion vom 29. Januar 2021, eingegangen am 03. Februar 2021

Zum Tagesordnungspunkt liegt ein Änderungsantrag der GRÜNEN (Anlage 7 der Niederschrift) vor, der im Verlauf der Aussprache vom Antragsteller übernommen wird.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Bremser, Reineke-Westphal, Müller und Bauer. Der Antrag wird sodann mit der Ergänzung des GRÜNEN-Antrages bei

3 JA-Stimmen und
NEIN-Stimmen aus den Fraktionen von CDU, SPD und AFD und
Enthaltung aus der FDP

mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 23. DS XI/37 Generalsanierung IGS Obere Aar und Berufliche Schulen Untertaunus, Taunusstein-Hahn

Eine Frage des Abg. Müller wird durch Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 24. DS XI/60 Anschaffung von Luftreinigungsgeräte für Schulen / Freigabe der gesperrten Haushaltsmittel

Eine Frage des Abg. Bleuel wird durch Landrat Kilian beantwortet.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der HFWD gibt die gesperrten Mittel bei Programm-Position 03-2000-36 (Anschaffung Hygieneausstattung / Anschaffung von Luftfilteranlagen) i.H. von 140.000,-€ frei (Gesamtansatz: 250.000,-€).

**TOP 25. DS XI/90 Förderung der Kulturszene und Kulturschaffenden im Rheingau-Taunus-Kreis
Produktbereich 04 Kultur- und Vereinsförderung, S. 290 Pos. 20,
hier: Entsperrung der im HH 2021 eingestellten Mittel**

In der Fassung UMTK.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

1. Der Kreisausschuss wird gebeten, die im Haushalt 2021 eingestellten Mittel für Kulturnotfallfonds/ Kulturinitiativen von 20.000 € um 40.000 € auf 60.000 € zu erhöhen und als überplanmäßige Ausgabe im Jahr 2021 für die Wiederbelebung des Kulturbetriebs im Rheingau-Taunus-Kreis zur Verfügung zu stellen.
2. In Ergänzung zur Drucksache XI/90 ist bei der Auszahlung der Förderung darauf zu achten, dass die Kreisförderung nicht anrechenbar ist bzw. nicht für Kosten gezahlt wird, die bereits durch ein Landes- oder Bundesprogramm abgedeckt sind.
3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, ein Konzept für eine verstetigende Kulturförderung im Rheingau-Taunus-Kreis zu erarbeiten und dieses bis Ende des Jahres dem Kreistag vorzulegen.

TOP 26. DS TO der KT-Sitzung am 29. Juni 2021

Die Empfehlungen zur Tagesordnung der Kreistagssitzung sind in der **Anlage 8** beigefügt.

TOP 27. DS Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ausschussvorsitzender Reimann dankt für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:25 Uhr.

Bad Schwalbach, 25. Juni 2021

(Joachim Reimann)
Ausschussvorsitzender

(Harald Rubel)
Schriftführer